



4340 Zeichen  
75 Zeilen  
ca. 60 Anschläge/Zeile  
Abdruck honorarfrei  
Beleg wird erbeten

Trafen beim Bayreuther Forum für Wirtschafts- und Medienrecht zum Meinungsaustausch zusammen: Die Organisatoren Professor Dr. Stefan Leible (links) und Professor Dr. Nikolaus Bosch sowie Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

## Medienkompetenz lässt sich nicht per Gesetz verordnen

### **Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sprach beim Bayreuther Forum für Wirtschafts- und Medienrecht**

**Jugendmedienschutz im Internetzeitalter darf nicht auf staatliche Regelungen reduziert werden. Gebraucht wird ein Dreiklang aus medienkompetenten Nutzern, einem flankierenden staatlichen Regelungsrahmen und der Unterstützung der Wirtschaft auf Basis regulierter Selbstregulierung. Dies erklärte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger beim 6. Bayreuther Forum für Wirtschafts- und Medienrecht an der Universität Bayreuth.**



„Rasant“ ist ein schwaches Attribut für diese Entwicklung: 1998 nutzen 18 Prozent der Zwölf- bis 19-Jährigen das Internet. Heute sind es 98 Prozent. Neun von zehn jungen Leuten sind täglich im Netz unterwegs. Sie verbringen dort durchschnittlich 134 Minuten. „Man muss anerkennen, dass das Internet unser Leben verändert hat“, so die Bundesjustizministerin. Andere Formen der Kommunikation auch privatesten Inhalts seien entstanden. „Und das können sich junge Leute nicht mehr wegdenken.“ Doch noch seien nicht alle Politiker tatsächlich über die Möglichkeiten, die Chancen, die Risiken und die Dimension dieser neuen Kommunikation ausreichend im Bilde. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger spricht deshalb von einem „Lernauftrag“.

Natürlich brauche es auch im Internet staatliche Regelungen, die der Gesetzgeber zu erlassen hat. Dabei setzt die Bundesjustizministerin weiterhin auf das Löschen statt auf das Sperren verbotener Inhalte im Internet. Sperren sind für technisch einigermaßen versierte Nutzer zu umgehen, so ihre Argumentation. Und: Wer eine Sperr-Infrastruktur im Netz aufbaut, macht die Gefahr größer, dass künftig auch legaler, gewollter Content geblockt wird. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sprach sich an der Universität Bayreuth ferner gegen Bestrebungen aus, Mitgliedsländern der Europäischen Union das Sperren von verbotenen Internetinhalten aufzuerlegen. „Es ist nicht unbedingt die Aufgabe der Europäischen Union, Sperren anzuordnen.“ Sperren oder Löschen, Sperren und Löschen – das Vorgehen gegen Verbotenes im Netz solle jedem Mitgliedsland freigestellt sein. Die bereits laut werdende Kritik an den deutschen Bemühungen, zu löschen, was nicht ins Netz gehört, hält die Bundesjustizministerin für verfehlt, weil verfrüht. Erst seit wenigen Monaten werde gelöscht – mit noch zu geringer personeller Kapazität, wie die Ministerin anmerkte. „Die jetzige Personalausstattung ist nicht der Ausdruck des Engagements, das das Thema verdient.“



Im Strafrecht sieht die Ministerin indes beim Thema Kinderpornografie keine Schutzlücken – auch wenn jüngst Fernsehsendungen einen anderen Eindruck erwecken wollten. Diese Art von Berichterstattung sei kritikwürdig. Ein Pranger mache es den Strafverfolgungsbehörden, die ihre Arbeit ohne Vorverurteilungen ausüben, eher schwerer. Und: „Ich habe ein Problem damit, wenn Informationen, die den Behörden zugänglich gemacht werden sollten, zurückgehalten werden, um eine Sendung besser zu verkaufen.“

Der Gesetzgeber habe sicher seinen Part beizutragen – nicht minder wichtig sei aber eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die für den Jugendmedienschutz auch im Internet eintreten. Eine Stiftung Datenschutz soll auch zu diesem Zweck gegründet werden, so kündigte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger an. Und auch wenn diese Idee nicht ganz neu ist, inzwischen befinde man sich in der konkreteren Planungsphase: Es gelte diese Stiftung, die niemanden ausgrenzen, sondern möglichst viele Akteure bündeln solle, mit einem ordentlichen Gründungskapital auszustatten. Die Stiftung solle dann sinnvollen Umgang mit Medien mit benutzerangepassten Projekten fördern - denn, so die Ministerin: „Medienkompetenz in ein Gesetz zu schreiben, bringt nichts. Medienkompetenz muss man stärken.“

Auch die Wirtschaft will die Bundesjustizministerin nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Dass Google bis zum IT-Gipfel der Bundesregierung im Dezember in Dresden erklären will, wie es seine Selbstverantwortung im Bezug auf den neuen Dienst Street View wahrnehmen wird, und parallel dazu der Gesetzgeber seine Anforderungen formuliert, sei ein erfolgversprechendes Vorgehen, das auch an anderer Stelle Anwendung finden könne.

INFO: Das 6. Bayreuther Forum für Wirtschafts- und Medienrecht findet am 5. und 6. November an der Universität Bayreuth statt. Veranstalter ist die Forschungsstelle für Wirtschafts- und Medienrecht an der Universität Bayreuth.